

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Aktiv gegen Gewalt!

Die neueste Kriminalstatistik zeigt neben einer allgemeinen Abnahme von Delikten eine Zunahme bei der häuslichen Gewalt, der Gewalt bei Sportanlässen und Gewaltdelikten bei Jugendlichen. Es besteht auch die Behauptung, welche allerdings mangels statistischer Unterlagen nicht bewiesen werden kann, dass besonders oft Personen mit einem Migrationshintergrund daran beteiligt seien. Klar scheint allerdings, dass Gewalt unter und von Jugendlichen immer mehr zu einem gesellschaftlichen Problem wird. Es scheint auch, dass verschiedene AkteurInnen in ihrem Umfeld von dieser Art Gewalt überfordert sind, insbesondere Eltern, die Schule, aber auch die Polizei.

Nur repressive Massnahmen können kein probates Mittel zur Bekämpfung der Gewalt sein. Es braucht dringend präventive Massnahmen zusammen mit einem klaren Bekenntnis aller Stellen gegen jede Form von Gewalt im Alltag und zu Hause (NullToleranz). Für viele muss zuerst einmal eine Vertrauensbasis mit einer positiven Perspektive für ihre Zukunft aufgebaut werden. Dazu gehören neben gezielten Integrationsmassnahmen (Sprache, Bildung, Bewältigung des Alltags) auch die Chancengleichheit für alle sowie geeignete Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Daneben muss auch klar gemacht werden, dass unsere Rechtsordnung und die Einhaltung der Rechte und Pflichten die absolute Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben bilden.

Wir bitten den Gemeinderat folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Statistik: Differenzierte statistische Erhebungen im Bereich von Jugendgewalt, Gewalt bei Sportanlässen und häuslicher Gewalt, welche besondere Risikogruppen erkennen lassen und die Basis für differenzierte Massnahmen bilden können.
2. Eltern-Empowerment: Vermehrte Information, Begleit- und Bildungsmassnahmen für Eltern, welche ihnen ermöglichen das Potential an häuslicher Gewalt abzubauen, einen vertrauensvollen Umgang mit ihren Söhnen und Töchtern zu finden, ihnen klare Grenzen zu setzen, auf die Einhaltung der Schweizer Gesetze zu drängen sowie keine Form von Gewalt zu dulden.
3. Männerprojekte: Mit jungen Männern sollen Strategien zur Konfliktlösung ohne Gewalt, zum gewaltlosen Umgang mit Differenzen zu ihren Eltern sowie zu einem friedvollen Zusammenleben in der Schule, im Sportverein und im Alltag entwickelt werden. Basis dafür soll die Entwicklung einer positiven Lebensperspektive sein.
4. Kindergärten, Schulen, Sportvereine und Jugendtreffs: Präventionsprogramme entwickeln anhand der festgestellten Gewaltpotentiale für einen vertrauensvollen friedlichen Umgang im Alltag. Insbesondere soll Gewicht auf Konfliktlösungsstrategien ohne VerliererInnen gelegt werden. Null-Toleranz gegenüber Gewalt überall und in jeder Form!
5. Polizei: Direktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendamt, Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Schulamt und Koordinationsstelle für Integration (ev. auch weitere) zur Entwicklung von Massnahmen zur Verhinderung von Jugendgewalt, Gewalt an Sportanlässen und häuslicher Gewalt.

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP), Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Andreas Zysset, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Michael Aebersold, Thomas Göttin, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Christof Berger, Stefan Jordi, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Ursula Marti, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Gisela Vollmer, Raymond Anliker, Patrizia Mordini

Antwort des Gemeinderats

Mehrere Vorfälle schwerer Jugendgewalt lassen die Befürchtung aufkommen, die Gewaltbereitschaft Jugendlicher habe massiv zugenommen. Auch zeigt die Statistik, dass mehr Anzeigen und Verurteilungen wegen Jugendgewalt registriert werden. Fachleute sind sich uneinig, ob dieser Anstieg eine effektive Zunahme der Gewaltbereitschaft zeigt oder ob eine veränderte Wahrnehmung der Gewalt und damit zusammenhängend eine erhöhte Anzeigenbereitschaft Gründe dafür sind. Sowohl Panikmache wie auch Verharmlosung sind fehl am Platz. Vor allem die Tatsachen, dass die Intensität der Gewalt sowie der Wegfall von Hemmschwellen vorwiegend in Zusammenhang mit dem Alkoholkonsum zunehmen, geben zu denken.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass allein repressive Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt nicht ausreichen. Auf der anderen Seite braucht es aber auch klare Grenzen, Regeln und Codes sowie Sanktionen bei der Nichteinhaltung. Es ist Aufgabe der Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen gemeinsame Grundwerte zu vermitteln. Wichtige Voraussetzung dazu ist die verbindliche Zusammenarbeit der öffentlichen Institutionen (Schulen, Jugendtreffs usw.) und der Eltern.

Die Stadt Bern ist mit verschiedensten innovativen Projekten im Bereich der Gewaltprävention und Gewaltverhinderung tätig: Beispiele dazu sind:

- Schule: Schulsozialarbeit, Angebot „Elternsorgen“, interdisziplinäre Arbeitsgruppe Gewalt, Gewaltpräventionsprojekte an den Schulen (Liste der bestehenden Projekte siehe http://www.bern.ch/leben_in_bern/bildung/kindergarten/probleme/aggewalt), jährliche Gewaltumfragen in den Schulen
- Öffentlicher Raum: Berner Erklärung, PINTO
- Offene Jugendarbeit/Gemeinwesenarbeit: Projekt „violEnd“ des Jugendzentrums Gaskessel, die Integrationsprojekte des Trägervereins für die offene Jugendarbeit (TOJ), Kurse Eltern-Empowerment, Projekte der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg), Projekt „Begleitung zur Befähigung“
- Häusliche Gewalt: Koordinationsstelle Häusliche Gewalt des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz
- Polizei: Die Polizei – im Besonderen der Jugenddienst – arbeitet eng mit der SKP (Schweizerische Kriminalprävention) zusammen. Die SKP erarbeitet zurzeit ein Konzept zur Thematik Jugendgewalt. Eine entsprechende Kampagne soll im kommenden Frühjahr lanciert werden. Bereits gestartet ist das Projekt "Stopp Kinderpornografie" (Kampagne gegen Pädokriminalität). Die Polizei arbeitet auch mit den Schulklassen zum Thema Gewalt zusammen.

Die Erfahrungen mit diesen Projekten sind durchwegs positiv. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, weitere Projekte und Massnahmen im Sinne des Postulats zu prüfen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Neue Massnahmen und Projekte bedingen zusätzliche finanzielle Mittel. Zum Teil können Projekte einmalig über Fonds finanziert werden. Eine Bezifferung des zusätzlichen Ressourcenbedarfs ist im heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 15. August 2007

Der Gemeinderat